

Stimmen aus europäischen Parlamenten

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung**

Band (Jahr): - **(1913)**

Heft 23-24

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-802507>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Initiative der gleichen Leute, die in den Kabinetten drin sitzen! So ist in London kürzlich die sogenannte Titanic-Konferenz zusammengetreten, an welcher 14 Staaten teilnahmen, um über Mittel und Wege zu beraten zur grösstmöglichen Sicherheit der Seeschifffahrt. Es fällt uns keineswegs ein, die hohe Bedeutung, die dieser internationalen Konferenz zukommt, etwa herabzumindern. Das sei ferne von uns! Aber die Frage mag uns denn doch wohl gestattet sein, warum man den Kampf gegen den Krieg als utopistisch bezeichnet und seitens der Regierungen — auch unserer schweizerischen — ablehnt, dagegen aber es als ganz in der Ordnung ansieht, gegen übermächtige, von unserem Willen oder Nichtwillen so ziemlich unabhängige Naturkatastrophen anzukämpfen?

K. W. Sch.

—o—

Zabern.

Was lehren uns die Vorgänge in Zabern? Eines vor allen Dingen, nämlich, dass sich die Zeiten gewaltig geändert haben, denn die Entrüstung, die diesen Vorgängen in ganz Deutschland auf dem Fuss folgte, ist so ungeteilt und so spontan, dass sich uns plötzlich ganz neue und unerwartete Gedankenperspektiven eröffnen. Mit einem Schlage sehen wir klar und deutlich die Richtung, aus welcher unserer Zivilisation die grösste Gefahr droht, der Schleier fällt von unseren Augen, und mit Schrecken gewahren wir eine Art Vorweltstun, das mitten hineinragt in unsere stolze Kultur und das dazu bestimmt scheint, den geistigen Höhenflug der Menschheit zu verzögern.

Der falsche, übertriebene Militarismus und seine verderbenbringende Wirkung hat sich vielleicht noch nie so direkt gesellschaftsfeindlich geäussert wie jetzt in den Reichslanden. Noch nie kam uns die bedauerliche Tatsache so deutlich zum Bewusstsein von der Grösse der Kluft, die das militärische Standesgefühl — bei den Offizieren — von demjenigen des Volkes trennt. Solche Zustände lassen sich nur schwer begreifen, und die Behauptung, dass eine solche Kluft überhaupt bestehen könnte, würde in «ruhigen» Zeiten wenig Glauben finden, aber den letzten Ereignissen gegenüber, wie sie sich in Zabern abspielten, muss wohl jedermann diese traurige Schlussfolgerung gelten lassen. Man kann diesen militärischen Geist mit all seinen antikulturnen Auswüchsen und seiner ausserhalb der bürgerlichen Gesetze stehenden Abgeschlossenheit, wie er jetzt noch in Deutschland in vollster Blüte ist, nur mit ähnlichen mittelalterlichen Institutionen vergleichen, für die in unserer vorgeschrittenen Zeit kein Platz mehr ist.

So lange dieser, aller wahren Kultur feindliche Geist in den regierenden Kreisen im selben hohen Ansehen fortbesteht, so lange werden sich ähnliche, wenn nicht schlimmere Ausschreitungen, wie wir sie jetzt in Zabern erleben mussten, wiederholen; denn eine ausserhalb der bürgerlichen Ordnung stehende Kaste mit uneingeschränkten Machtbefugnissen wird stets eine Gefahr bleiben für die Ruhe eines Landes.

W. Kohl.

—o—

Stimmen aus europäischen Parlamenten.

Frankreich. Am 27. November brachten die Sozialisten folgenden Verabredungsantrag ein:

1. Das Feld der marokkanischen Operationen zu beschränken.

2. Stufenweise die Dienstdauer in den Kasernen und damit die finanzielle Last der Berufsmarine durch Organisation des bewaffneten Volkes einzuschränken.

3. Allen Regierungen die vollständige Schiedsgerichtsbarkeit für alle Konflikte vorzuschlagen und so im Namen Frankreichs eine für die Völker weniger niederdrückende Ordnung vorzubereiten und zum Schluss die Erörterung der Anleihe zu vertagen, bis die Regierung positive Garantien gegeben hat.

Jaurès sprach zum dritten Punkte folgendes: «Drei Länder sind zusammen marschiert, um eine Rolle der Mässigung zu spielen: Deutschland, England und Frankreich. Schon Mirabeau hat die Wohltat eines Einklanges zwischen Preussen, England und Frankreich gepriesen. Wenn man den Zukunftsweg nicht einschlägt, verschliesst man die Möglichkeit einer gesetzlichen Umwälzung.» (Lebhafter Beifall auf der äussersten Linken.)

Barthou antwortete: Was den Vorschlag anbetreffte, den Dienst der Kasernenarmee zu beschränken, so hätten ihn alle, die die dreijährige Dienstzeit angenommen haben, für die Sicherheit des Landes notwendig gehalten. Vielleicht komme einmal die Stunde, wo die Lage in Europa eine Reduktion der Dienstzeit erlaube. Der Redner hofft es, glaubt aber, dass dieser Zeitpunkt noch nicht nahe ist. Frankreich habe die Initiative der Schiedsgerichte ergriffen. Frankreich könne aber eine solche Initiative für die Fragen, die seine Lebensinteressen und seine Ehre betreffen, nicht ergreifen. Die Ablehnung des Schiedsgerichts sei kürzlich im Haag nicht vonseiten der Mächte der Tripleentente erfolgt. Frankreich sei auf den unbesieglischen Widerstand Deutschlands gestossen.

England. Am 27. November fand in Leeds die Jahresversammlung des Nationalverbandes der liberalen Partei statt. Hauptgegenstand der Diskussion bildete die Frage der Einschränkung der Rüstungen. Die Redner drückten die Ansicht aus, dass die Entwicklung der Schiffsbauten unbedingt Steuererhöhungen nach sich ziehen werde. Man müsse alle Gelegenheiten benutzen, um die freundschaftlichen Beziehungen zu fremden Nationen zu begünstigen. Der liberale Deputierte Allen Baker erklärte, er sei erschreckt über die jüngste Rede Winston Churchills auf dem Bankett des Lordmayors.

Asquith hielt darauf eine Rede über die liberale Politik, in der er u. a. sagte, die liberale Regierung habe zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens beigetragen. Sie bedaure die ungeheure Verschwendung nationaler Reichtümer für Rüstungszwecke. Man könne jedoch nichts Wirksames tun, so lange die Völker nicht selbst die Mächte gezwungen haben, die unaufhörlich wachsende Last der neuen Steuern zu erleichtern. Die ständige Vermehrung der nationalen Schulden werde zu dem Ergebnis führen, das bis jetzt weder Philosophen noch Idealisten erreichen konnten.

—o—

Die Nobelpreise.

Die feierliche Verteilung der diesjährigen Nobelpreise, die dreizehnte seit Beginn der Stiftung, hat am 10. Dezember in Stockholm stattgefunden. Von den vier Preisträgern waren drei anwesend, nämlich die Professoren Omnes-Leyden (Physik), Richet-Paris (Medizin), Werner-Zürich (Chemie). Sie erhielten aus der Hand des Königs den ihnen zugedachten Preis, das Diplom und die goldene Medaille. Für den abwesenden Tagore empfing der englische Geschäftsträger den Literaturpreis.

Der im Jahre 1912 nicht ausgeteilte Nobel-Friedenspreis sowie der diesjährige Nobel-Friedenspreis